

Sächsisches Elbzeitung

Sageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgroschkasse Nr. 12 — Sächsischer Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassentkonto: Dresden 33 327

Hauptredaktion: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Oitrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7spaltige 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 263

Bad Schandau, Donnerstag, den 10. November 1927

71. Jahrgang

Bündnisvertrag Belgrad—Paris

Die französisch-jugoslawische Freundschaft.

Das verstimmte Italien.

In Paris wird in diesen Tagen ein wichtiger politischer Akt vollzogen werden, nämlich die Unterzeichnung eines Bündnisvertrages zwischen Frankreich und Jugoslawien. Der jugoslawische Außenminister Marinkowitsch hat sich bereits nach Paris begeben, nachdem er vorher vom jugoslawischen König in Audienz empfangen worden ist. Nach dem Empfang gab der Außenminister Pressevertretern gegenüber über den Vertrag eine dahin gehende Erklärung ab, daß dieses Abkommen einen Zustand festlegen soll, der bereits während des Weltkrieges geschaffen worden ist. Frankreich und Jugoslawien hätten sich auch ohne schriftlichen Vertrag immer als Verbündete betrachtet. Damit die ganze Welt und auch das südslawische Volk wisse, woran man sei, wolle man jetzt das tatsächliche Verbündetenverhältnis auch rechtlich feststellen.

Der Vertrag wird, wie ein Belgrader Blatt mitzuteilen weiß, neun Punkte umfassen. Beide Staaten verpflichten sich, sich gegenseitig nicht zu überfallen, keine Invasion auszuführen und sich auf keinen Fall gegenseitig zu bekriegen. Eine Ausnahme machen die Aktionen des Völkerbundes und gewalttätige Verletzung des Freundschaftspaktes seitens eines Vertragspartners. Beide Staaten verpflichten sich, alle Streitfragen friedlich auf diplomatischem oder dem Schiedsgerichtsweg zu lösen. Falls eine Vertragsseite von dritter Seite überfallen wird, werden sich beide Staaten unverzüglich über eine Aktion verständigen, die beide Staaten innerhalb des Bereiches des Völkerbundes zur Verteidigung ihrer legitimen Interessen und der Friedensverträge zu unterstützen hätten. Beide Staaten werden sich ferner verpflichten, falls eine Änderung oder der Versuch einer Änderung des heutigen europäischen Zustandes beabsichtigt ist, und überhaupt Gedankenaustausch in allen europäischen Fragen pflegen und sich gegenseitig Mitteilungen über Abkommen mit dritten Staaten machen. Es heißt dann weiter, der Pakt, der keine Rechte des Völkerbundes verletze und dem europäischen Frieden diene, werde vom Völkerbund registriert und sei zu ratifizieren.

In der Öffentlichkeit Frankreichs und Jugoslawiens beurteilt man den Abschluß des Vertrages wohlwollend. Vor allem wird darauf hingewiesen, daß der Vertrag keinerlei aggressive Absichten gegen irgend jemanden habe. Dagegen ist man in der Presse Italiens, gegen das ja insbesondere die Abmachungen zwischen Belgrad und Paris zu gehen scheinen, auf sehr schmerzliche Weise enttäuscht. Worte wie „Heuchelei, Störenfried“ erklingen in bezug auf die vertragschließenden Länder in den Spalten der italienischen Zeitungen und man ist besonders auf Frankreich böse, daß mit diesem Bündnisvertrag Italiens Bestrebungen nach der Vorherrschaft auf dem Balkan entgegentritt. Wie gereizt die italienische Presse ist, mögen folgende Ausführungen des in Rom erscheinenden Blattes „Lavoro d'Italia“ beweisen. Das Blatt schreibt:

Frankreich stachelt Jugoslawien gegen Italien auf, und der jugoslawische Minister des Äußern wird versuchen, mit diesem Vertrag die Opposition glauben zu machen, daß Jugoslawien nicht isoliert sei. Aber Jugoslawien gibt sich Illusionen hin; denn alle seine Versuche, gegen Italien Stimmung zu machen in Tirana, Budapest, Sofia und Athen, sind mißlungen, weil diese Mächte eingesehen haben, daß Jugoslawien einen antiitalienischen Bloß gründen will. Der Weg zum Gleichgewicht auf dem Balkan wie an der Donau geht aber und wird immer über Rom gehen. Wer diese Realität, die aus dem italienischen Siege und dem Untergang der habsburgischen Monarchie folgt, ignorieren will, wird nur Enttäuschungen erleben. „Tribuna“, die das gleiche Thema bespricht, gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich sich seiner Verantwortung als Großmacht bewußt bleiben und daß der gesunde Menschenverstand in Jugoslawien die Oberhand behalten werde.

Italienische Pressestimmen zum französisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrag.
Mailand, 9. November. Zum Abschluß des französisch-jugoslawischen Vertrages bemerkt die italienische Presse, die

Unterzeichnung bilde nur die Bestätigung des bereits bestehenden Verhältnisses zwischen Frankreich und Jugoslawien. Für die allgemeine Beruhigung der Geister hätte die Unterzeichnung dieses Vertrages auf unbestimmte Zeit verschoben werden sollen. Die Unterzeichnung des Vertrages in einem solchen ungeeigneten Augenblick sei wohl hauptsächlich von Belgrad aus innerpolitischen Gründen vorgenommen worden. Der Secolo meint, alle Versuche der französischen Presse, zu beweisen, daß der neue Vertrag nicht gegen Italien zielt, könnte nicht überzeugen. Dieser Bündnisvertrag Jugoslawiens erscheine nicht als der geeignetste Schritt Briand's, die italienisch-französische Annäherung zu begünstigen. Der Vertrag drohe, die Reibungen zwischen Frankreich und Italien zu vermehren.

Feindliche Schwestern.

Sie lieben sich wirklich nicht mehr, die beiden „lateinischen Schwestern“, die sich doch schon vor dem Weltkrieg gefunden hatten, um gemeinsam auf Vente auszugehen. Die Schwestern konnte man auch nach dem Kriege auf mancher feierlichen Plakat sehen, das Italien und Frankreich Arm in Arm geeint darstellte. Damit ist's vorbei, seit Mussolini eine nur auf italienische Interessenwahrnehmung gerichtete Politik treibt. Im westlichen Mittelmeer wollte man sich die französische Hegemonie nicht gefallen lassen und im östlichen schielte man nach Kleinasien's Küsten. Und nun kommt die Kunde, daß zwischen Frankreich und Jugoslawien ein überaus enges Bündnis geschlossen wird, dazu noch in betont feierlicher Form. Mit militärischen Manövern und Schiedsgerichtsbestimmungen. Also: so intim wie nur möglich. Und — so überflüssig wie möglich, da man ja auch schon vorher ein Herz und eine Seele war. Aber — die römische Zeitung, die das meldete, wurde, obwohl sie amtliches Organ ist, sofort „beschlagnahmt“ — dieses Bündnis sei ein ganz regelrechtes und ausschließlich gegen „gewisse Dritte“ gerichtet. Also: gegen Italien. Darüber gibt man sich in Rom keinerlei Illusionen hin.

Wenn man böshaft sein will, so kann man den betont feierlichen Abschluß dieses Bündnisses als eine französische Antwort auf die Tangerdemonstration betrachten, die Italien vor einer Woche veranstaltete. Mussolini bekommt außenpolitisch die Arme doch nicht frei; denn nun wird Jugoslawien, mit Frankreich hinter sich, vor allem in der albanischen Frage, diesem „Vrenn“punkt der widerstrebenden Interessen, etwas lautere Töne riskieren können. Dem Italien ist ziemlich in der Zange; sein einziger „Bundesgenosse“ auf dem Balkan, nämlich Rumänien, ist aus Gründen innerer Zwistigkeiten zurzeit neutralisiert, Griechenland und die Tschechoslowakei aber unter französischem Einfluß eng miteinander verbunden.

Das Ganze ist ein großer Erfolg Frankreichs, das damit seinen Einfluß auf dem Balkan befestigt, fast unerschütterlich gemacht hat. Es ist seltsam, daß England, das doch seit unendlicher Zeit gerade den Südosten Europas als wichtiges Interessengebiet betrachtet hat, dort jetzt eigentlich völlig ausgeschaltet ist. Diplomatische Ungeschicklichkeiten wie das Schreiben Lord Rothermeres taten dabei den Rest. Natürlich wird man in Paris und in Belgrad jetzt liebliche Schalmeyenlieder blasen, wie außerordentlich dieses neue Bündnis dazu beitrage, den Frieden Europas zu bewahren. Das tun sie ja immer und taten sie immer, wurden und werden als Friedensschützer so lange ausgegeben, bis der — Krieg da ist. Es wäre vielleicht ein guter Witz, dieses Bündnis als ein „Balkan-Locarno“ zu bezeichnen. Nur will die italienische Presse wissen, das französische Auswärtige Amt habe nach Rom eine scharfe Mahnung gerichtet: Die Gebuld Frankreichs, das so lange Rücksicht auf die gespannten italienisch-jugoslawischen Beziehungen genommen habe, sei an ihrem Ende angelangt und man hoffe, daß Italien nunmehr seine übertriebenen Forderungen im mittleren und im östlichen Mittelmeer herabsetze. Das klingt deutlicher und ist auch durch aus nicht unwahrscheinlich.

Es geht also wieder einmal recht lebhaft zu im Getriebe der europäischen Außenpolitik; die Linien schneiden sich in bisweilen recht unerfreulicher Weise. Und bezeichnend ist es, daß das Mittelmeer den Schnittpunkt dabei abgibt. Das ist auch eine Folge des Weltkrieges, der das Schwergewicht aus der Nordsee dorthin verschob, wo jetzt die Bündnisse und Gegenbündnisse aufeinanderstoßen oder nebeneinander hergehen.

Für eilige Leser.

* Amtlich wird mitgeteilt: Die Ratifikationsurkunden zum deutsch-belgischen Luftfahrtabkommen vom 29. 5. 1926 sind am 22. v. M. in Paris ausgetauscht worden. Das Abkommen ist gemäß seinem Artikel 22 an diesem Tage in Kraft getreten.

* Die Zusammenkunft des Direktors des politischen und wirtschaftlichen Departements des polnischen Ministeriums des Äußeren Dr. Jachowski mit Minister Dr. Stresemann ist endgültig für den 17. d. M. vorgelesen.

* Wie aus Vigo gemeldet wird, haben zwei spanische Dampfer einander gerammt. Einer von ihnen ist gesunken. 9 Personen haben dabei den Tod gefunden, 3 sind gerettet worden.

* Nach einer Meldung aus New York beabsichtigt die amerikanische Regierung, nunmehr neben der militärischen auch die finanzielle Verwaltung Nicaraguas zu übernehmen. Die Regierung werde unverzüglich einen Vertreter nach Nicaragua entsenden, der die finanzielle Verwaltung übernehmen soll. Als Gegenleistung werde Nicaragua sofort eine Anleihe erhalten.

Bildung eines reparationspolitischen Ausschusses der Reichsregierung.

Berlin, 9. November. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett stimmte in seiner heutigen Sitzung dem vom Reichsminister der Finanzen bereits vor längerer Zeit unterbreiteten Vorschlag auf Bildung eines reparationspolitischen Ausschusses der Reichsregierung zu. Dieser Ausschuss soll unter dem Vorsitz des Reichsministers der Finanzen, entsprechend dem interministeriellen handelspolitischen Ausschuss aus Vertretern der für die Reparationspolitik im einzelnen zustehenden Ministerien gebildet und mit der Aufgabe der Vorbereitung aller mit der Reparationspolitik zusammenhängenden Maßnahmen betraut werden.

Deutsche Papiere in New York fest.

New York, 9. November. Die deutschen Papiere an der New Yorker Börse liegen, von ganz geringfügigen Schwankungen abgesehen, fest.

Senator Borah über Deutschlands Anleihepolitik.

New York. Senator Borah erklärte, daß Deutschland wie jede andere europäische Nation nicht mehr Anleihen aufnehmen, als es erwünschen könne. Parker Gilbert scheine sich, als er sein Memorandum der Öffentlichkeit übergeben habe, nicht klar darüber gewesen zu sein, wohin seine Kritik führen könne. Er sei der Überzeugung, daß die Eigentumsrückgabe Deutschland außerordentlich helfen würde, das gerade jetzt mit starkem finanziellen Druck belastet sei. Er hoffe, daß in der nächsten Kongresssession die Eigentumsrückgabe beschlossen werden würde.

Ein deutsches Communiqué in Paris zum Gilbert-Memorandum.

Paris, 9. November. Die deutsche Botschaft veröffentlicht in der französischen Presse ein längeres Communiqué über den deutschen Standpunkt in der Frage des Memorandums. Es habe die Absicht, den Weg einer Verständigung zu finden. Zwischen Parker Gilbert und der deutschen Regierung bestünden keinerlei Meinungsverschiedenheiten. (?) Die deutsche Regierung hätte in ihrer Antwort die Notwendigkeit einer endgültigen Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Ländern anerkannt, doch hätte die deutsche Regierung betont, daß ein endgültiges Abkommen in dieser Richtung nur dann erzielt werden könne, wenn in der Öffentlichkeit und in der privaten Wirtschaft der Zustand normaler Stabilität erreicht ist. Die von verschiedenen Seiten bekundete Beunruhigung über die finanzielle Situation des Reiches entbehrt daher jeder Grundlage.

Begrenzung der Reparationspflicht.

Englische Stimmen.

Der Wirtschaftsfachverständige Sir Josiah Stamp, der seinerzeit den Dawes-Ausschuss angehört hat, erklärte in einer Rede in Manchester:

Der Zeitpunkt rückt schnell heran, wo man darüber entscheiden muß, was man von Deutschland an Reparationen sowie Zinsen verlangen will, die nur in Gütern gezahlt werden können. Amerika muß eine maßgebende Rolle bei der Entscheidung spielen. Es ist unmöglich, unbegrenzte Zeit mit Teillösungen fortzuführen, wie dies gegenwärtig geschieht. Solche Methoden können eine Weile betrieben werden, müssen aber schließlich versagen. Diese Tatsache würde keine große Wichtigkeit haben, wenn nicht der schlechteste Zusammenbruch auch politische Folgen haben würde.

Das Blatt „Financial Times“ unterstützt diese Bemerkungen in einem Leitartikel und sagt: Der Tag der